Eltern haften für ihre Kinder?

Störerhaftung des Anschlussinhabers für fremde Urheberrechtsverletzungen

René Sandor *

I. Einleitung

Die Beliebtheit des Internets hinsichtlich der Nutzung von Musiktäuschbörsen¹ eröffnet die Kontroverse, wer für in diesem Zusammenhang aufkommende Urheberrechtsverletzungen haftet. Nachdem auch in der Tagespresse von Abmahnungen der Rechteinhaber² berichtet wurde, stellt sich die Frage, ob Eltern für ihre Musik tauschenden Kinder oder auch Anschlussinhaber für die von ihrem Anschluss mittels offener W-Lan-Netze von Dritten begangenen Urheberrechtsverletzungen im Sinne des von Baustellen bekannten „Eltern haften für ihre Kinder“ verschuldensunabhängig einzustehen haben.

Das Anbieten von urheberrechtlich geschützten Dateien wie Musik, Filmen, Hörbüchern, Computerprogrammen und Fotos in Tauschbörsen an die Allgemeinheit bedarf nach §§ 19a, 15 Abs. 2 Nr. 2 UrhG der Zustimmung der Rechteinhaber. Liegt diese Zustimmung nicht vor, können die in § 97 Abs. 1 S. 1 UrhG normierten Ansprüche, insbesondere Unterlassung und Schadensersatz geltend gemacht werden. Unter dem Gesichtspunkt der Geschäftsführung ohne Auftrag können zudem Anwaltskosten erstattungsfähig sein, die den Rechteinhabern dadurch entstanden sind, dass sie einen Anwalt ihrer Wahl mit der Durchsetzung ihrer Rechte gegen die Anschlussinhaber beauftragt haben. Im Folgenden soll auf die Entwicklung und Ausprägung des Unterlassungsanspruchs gegen die Anschlussinhaber eingegangen werden.

II. Der Unterlassungsanspruch im Rahmen der verschuldensunabhängigen Störerhaftung

Mit dem in § 97 Abs. 1 S. 1 UrhG geregelten urheberrechtlichen Unterlassungsanspruch können die Rechteinhaber gegen Filesharer ihr legitimes Interesse durchsetzen, dass diese künftig nicht mehr Musik oder andere geschützte Dateien im Internet in Tausch-

börsen anbieten.

Der Gedanke der Verschuldensunabhängigkeit der Haftung liegt darin begründet, dass es gerade im Schutze der Anonymität des Internets häufig nicht möglich ist, Verantwortlichkeiten für eine Rechtsverletzung hinreichend zuzuordnen.³ Schließlich ist nicht nur der unmittelbar Verletzende verantwortlich, denn ohne die zugrunde liegende „Infrastruktur des Internets“, die von Tauschbörsen oder Auktionshäusern bis hin zum bloßen Zurverfügungstellen des Internetzugangs reicht, wäre ein Anbieten und ein korrespondierendes Zugreifen auf ein rechtsverletzendes Angebot nicht denkbar. Es lässt sich daher sagen, dass die Vollendung einer Rechtsverletzung erst durch die genannten „Transmitter“, eben die mittelbaren Störer, ermöglicht wird⁴, denen diese „Baustelle Internet“ zuzurechnen sein muss. Um einen umfassenden Rechtsschutz gewährleisten zu können⁵, ist es daher unabdingbar, auch einen mittelbaren Störer neben dem unmittelbar Verantwortlichen in Anspruch nehmen zu können.

1. Verletzung absoluter Schutzgüter

Der verschuldensunabhängige Unterlassungsanspruch⁶, der hier zu erörternden Störerhaftung zu Grunde liegt, beruht zunächst auf der (evtl. wiederholten) Verletzung geschützter Rechtsgüter. Anspruchsziel ist dabei im Falle des Unterlassungsanspruchs die künftige Untätigkeit sowie ein Verhalten, das den Nichteintritt der drohenden Beeinträchtigung bewirkt.⁷

Seinen Ausgangspunkt findet dieser Unterlassungsanspruch in § 1004 BGB, welcher grundsätzlich und unmittelbar nur das Eigentum als absolutes Recht schützt (sog. *actio negatoria*).⁸ Damit anderen, nicht weniger bedeutenden allgemeinen Rechten jedoch auch der Schutz dieses Unterlassungsanspruchs zukommt, wird § 1004 BGB analog auf Rechte wie z.B. den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb

* Der Autor studiert Rechtswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und ist studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Recht des Geistigen Eigentums und Wettbewerbsrecht der Universität Bonn, Prof. Dr. Leistner, LL.M.

¹ Grundlegend zu Tauschbörsen wie Napster, Gnutella oder FreeNet vgl. Ahrens, ZUM 2000, 1029ff.; Frey, ZUM 2001, 466ff.; Röhl/Bosch, NJW 2008, 1415ff.

² Vgl. hierzu nur beispielhaft FAZ vom 20. März 2008, S. 12.

³ Stang/Hühner, GRUR-RR 2008, 273, 274; LG Düsseldorf GRUR-RR 2008, 290, 291.

⁴ Ehret, CR 2003, 754, 755.

⁵ Volkmann, Der Störer im Internet, S. 63.

⁶ Palandt/Bassenge, § 1004, Rz. 13; Larenz/Canaris, Schuldrecht II/2 § 86 I, 673 f.

⁷ Palandt/Bassenge, § 1004, Rz. 33.

⁸ Palandt/Bassenge, § 1004, Rz. 4; MünchKomm/Medicus, § 1004 Rz. 6.

oder das allgemeine Persönlichkeitsrecht angewendet (sog. *actio quasinegatoria*).⁹

Für die Fälle der Störerhaftung wird im Urheberrecht der genannte allgemeine Unterlassungsanspruch durch § 97 Abs. 1 S. 1 UrhG¹⁰ konkretisiert.¹¹ Demnach kann der in seinem Recht Verletzte denjenigen auf Unterlassung in Anspruch nehmen, der das Urheberrecht oder andere nach dem UrhG geschützte Rechte verletzt hat.

Dieser Anspruch ist weit zu verstehen, da aufgrund der Fassung des § 97 Abs. 1 S. 1 UrhG („verletzt“) keine über den Eintritt des Verletzungserfolges hinausgehende Voraussetzung an die Verletzungshandlung gestellt wird und somit lediglich die Kausalität der Urheberrechtsverletzung¹² für einen mittelbar in Anspruch zu Nehmenden geprüft werden muss.

Mithin ist für eine Verletzung des Urheberrechts auch ausreichend, wenn die eigentliche Urheberrechtsverletzung bloß in irgendeiner Art unterstützt wird, sofern insbesondere auch die Möglichkeit zur Verhinderung dieser Handlung bestanden hatte.¹³

2. Ausschluss von Täterschaft und Teilnahme

Gemeinsam ist den Fällen der Störerhaftung, dass eine unmittelbar zuzuordnende Verantwortlichkeit als Täter oder Teilnehmer betreffend den mittelbaren Störer ausgeschlossen ist. Die Rechtsprechung prüft aus diesem Grunde stets vorgelagert die deliktsrechtlichen Kategorien von täterschaftlicher Begehung und Teilnahme.

a) Von vornherein auszuschließen ist in den Fällen der Störerhaftung wie bereits geschildert die *täterschaftliche Begehung* der in Frage stehenden Urheberrechtsverletzung. Das bloße Zurverfügungstellen von Einrichtungen, die die konkreten Rechtsverletzungen erst ermöglichen¹⁴, stellt eben keine eigene tatbestandliche Verwirklichung dieser Verbote dar.

b) Weiterhin wird auch eine *Teilnahme* an der betreffenden Rechtsgutsverletzung regelmäßig auszuschließen sein. Hierzu bedürfte es neben der objektiven Beihilfehandlung auch einen auf die konkrete Rechtsverletzung gerichteten Vorsatz, zumindest in Form des bedingten Vorsatzes.¹⁵ Dieser ist nicht be-

reits aufgrund der abstrakten Möglichkeit der Rechtsverletzung erfüllt¹⁶, so dass auch eine Teilnahmehandlung ausscheiden muss.

3. Willentliche und adäquat kausale Verursachung

In der ständigen Rechtsprechung des BGH (insbesondere zu Internetplattformen)¹⁷ hat sich daher herausgebildet, dass, wer wie soeben dargelegt, ohne Täter oder Teilnehmer zu sein, in irgendeiner Weise willentlich und adäquat kausal zur Verletzung eines geschützten Gutes beiträgt, als Störer für eine Schutzrechtsverletzung auf Unterlassung in Anspruch genommen werden kann. Diese Formel gilt auch rechtsübergreifend für die Störerhaftung nach BGB, UrhG, MarkenG und UWG.¹⁸ Obwohl die Störerhaftung verschuldensunabhängig eingreift¹⁹, um einen wirksamen Rechtsschutz gewährleisten zu können, ist jedoch einer uferlosen Zuweisung von Verantwortlichkeit notwendigerweise eine Grenze zu setzen, möchte man nicht auch unbeteiligte Dritte zu Unrecht in Anspruch nehmen. Hierbei hat sich die Aufstellung zumutbarer Prüfungspflichten herauskristallisiert.²⁰

4. Verletzung zumutbarer Prüfungspflichten

Weitere Voraussetzung für die Inanspruchnahme als Störer ist somit die Verletzung der genannten zumutbaren Prüfungspflichten.²¹ Diese Prüfungspflichten sind unter dem wesentlichen Kriterium der Zumutbarkeit auf jeden Einzelfall hin zu konkretisieren.

⁹ Palandt/Bassenge, § 1004, Rz. 4; MünchKomm/Medicus, § 1004 Rz. 6.

¹⁰ Im Übrigen auch markenrechtlich gem. §§ 14 Abs. 5, 15 Abs. 4 MarkenG sowie wettbewerbsrechtlich gem. §§ 3, 8 Abs. 1 UWG verankert.

¹¹ Volkmann, Der Störer im Internet, S. 58.

¹² BGH WRP 1999, 211, 212 - Möbelklassiker; Dreier/Schulze/Dreier, § 97 Rz. 33.

¹³ BGH WRP 1999, 211, 212 - Möbelklassiker; Dreier/Schulze/Dreier, § 97 Rz. 33.

¹⁴ So bereits BGH GRUR 1984, 54 ff. - Kopierläden.

¹⁵ BGH K&R 2007, 389, Rz. 31 - Internet-Versteigerung II.

¹⁶ BGH K&R 2007, 389, Rz. 32 - Internet-Versteigerung II.

¹⁷ BGH K&R 2007, 387, 390, Rz. 40 - Internet-Versteigerung II; BGHZ 158, 236, 251 - Internet-Versteigerung I; BGH GRUR 2002, 618, 619 - Meißner Dekor; BGHZ 148, 13, 17 - ambiente.de; BGH WRP 1999, 211, 212 - Möbelklassiker; BGH WRP 1997, 325, 326 - Architektenwettbewerb.

¹⁸ Volkmann, Der Störer im Internet, S. 61; BGH K&R 2007, 387, 390, Rz. 40 - Internet-Versteigerung II; BGHZ 158, 236, 251 - Internet-Versteigerung I; BGH GRUR 2002, 618, 619 - Meißner Dekor; BGH WRP 1999, 211, 212 - Möbelklassiker; BGH WRP 1997, 325, 326 - Architektenwettbewerb.

¹⁹ Palandt/Bassenge, § 1004, Rz. 13; Larenz/Canaris, Schuldrecht II/2 § 86 I, 673 f.

²⁰ BGH K&R 2007, 387, 390, Rz. 40 - Internet-Versteigerung II; BGHZ 158, 236, 251 - Internet-Versteigerung I; BGHZ 148, 13, 17 - ambiente.de; BGH WRP 1999, 211, 212 - Möbelklassiker; BGH WRP 1997, 325, 328

- Architektenwettbewerb; umfassend zu Sicherungs- und Prüfungspflichten Leistner/Stang, WRP 2008, 533 ff.

²¹ BGH K&R 2007, 387, 390, Rz. 40 - Internet-Versteigerung II; BGHZ 158, 236, 251 - Internet-Versteigerung I; BGHZ 148, 13, 17 - ambiente.de; BGH WRP 1999, 211, 212 - Möbelklassiker; BGH WRP 1997, 325, 328

- Architektenwettbewerb.

Als unbestimmter, ausfüllungsbedürftiger Rechtsbegriff ist die Zumutbarkeit des Umfangs von Prüfungspflichten eine wesentliche Weiche bei der Beurteilung des konkreten Falles. Mit der Frage, was für den Einzelfall bzw. für den in Anspruch zu Nehmenden zumutbar ist, steht oder fällt dessen Verantwortlichkeit als Störer. Dabei ist weitreichenden Prüfungspflichten, um wirksamen Rechtsschutz gewährleisten zu können, nicht notwendigerweise der Vorrang zu gewähren. Ein Ausgleich der in Frage stehenden Interessen ist nicht leicht herzustellen. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass sich dieses gesetzlich nicht festgeschriebene Tatbestandsmerkmal der Störerhaftung in ständiger Fortbildung durch die Gerichte befindet. Dies soll auch bei der nachfolgenden Betrachtung der aktuellen Rechtsprechung Berücksichtigung finden.

III. Rechtsprechung zur Störerhaftung von Eltern für Ihre Kinder

Ausgangspunkt der im Folgenden zu erörternden Frage der mittelbaren Störerhaftung von Eltern für ihre Kinder waren gegensätzliche Urteile, die einerseits die Haftung der Eltern verneinten²² oder diese andererseits bejahten.²³ Die Urteile des OLG Frankfurt²⁴ und des OGH²⁵, die beide eine pauschale Haftung der Eltern ablehnen, sollen sich der Darstellung der vorangegangenen Urteile anschließen.

1. Nach den Erwägungsgründen des LG Mannheims, das einer pauschalen Haftung der Eltern für die Urheberrechtsverletzungen ihrer Kinder ablehnend gegenüber steht, bestimmt sich der Umfang der Prüfungspflichten danach, ob und inwieweit den in Anspruch zu nehmenden Störern nach den Umständen eine Überprüfung der Internetnutzung zuzumuten sei.²⁶ Innerhalb eines gemeinsam genutzten Anschlusses, z.B. in einer Familie, beruhe die Eröffnung des Zugangs zum Internet auf dem familiären Verbund.²⁷ Somit ließen sich Überwachungs- und Prüfungspflichten hinsichtlich der Internetnutzung auch nur danach be-

urteilen, was in der Erziehung der Kinder mit Rücksicht auf deren Alter auf anderen Betätigungsfeldern notwendig erscheint.²⁸ Unzumutbar sei dagegen eine dauerhafte Überprüfung der Familienmitglieder oder eine Sperrung des Anschlusses ohne konkreten Anlass.²⁹ Dagegen lässt das LG Mannheim für den Einzelfall offen, ob eine ebenfalls nach dem jeweiligen Alter der Kinder zu beurteilende Einweisung bzw. Belehrung für die Internetnutzung erforderlich ist.³⁰ Nach den dargelegten Kriterien und in Anbetracht der Tatsache, dass hier ein volljähriges Kind gehandelt hatte, wurde eine Verletzung von Prüfungspflichten der Eltern verneint.³¹

2. Die die Haftung der Eltern bejahenden Urteile oder Beschlüsse³² dagegenbürden den Eltern höhere Prüfungspflichten auf. Den Gerichten zufolge sei es den Eltern zumutbar, urheberrechtsverletzende Tätigkeiten des minderjährigen Kindes durch Einrichten von Benutzerkonten oder Sperrung von Tauschbörsensoftware zu verhindern.³³ Dies sei deshalb geboten, da eine deliktische Nutzung des Internets durch Kinder hinsichtlich Urheberrechtsverletzungen besonders indiziert sei.³⁴

Weiterhin wird das Bestehen von Prüfungspflichten daraus abgeleitet, dass aufgrund der gerade in der letzten Zeit verstärkten öffentlichen Berichterstattung über das Phänomen des „Filesharing“ das (Unrechts-) Bewusstsein für die hier begangenen Urheberrechtsverletzungen geschärft sein müsse.³⁵

²² LG Mannheim CR 2007, 394, 395 f.; LG Mannheim MMR 2007, 267, 268.

²³ LG Mannheim CR 2007, 394, 396; LG Mannheim MMR 2007, 267, 268.

³⁰ LG Mannheim CR 2007, 394, 396; LG Mannheim MMR 2007, 267, 268; zustimmend für minderjährige Kinder OLG Hamburg Beschl. v. 10.05.2006 - 5 W 61/06, S. 2, *Ernst/Seichter*, ZUM 2007, 513, 517; *Schöttler*, jurisPR-ITR 2/2007 Anm. 2.

³¹ LG Mannheim CR 2007, 394, 396.

³² LG Hamburg CR 2007, 121 f.; LG Köln Beschl. v. 07.09.2007 - 28 O 266/06; OLG Hamburg Beschl. v. 11.10.2006 - 5 W 152/06; OLG Hamburg Beschl. v. 10.05.2006 - 5 W 61/06; LG Düsseldorf Beschl. v. 13.04.2007 - 12 O 87/07; LG Leipzig v. 08.02.2008 - 05 O 383/08; OLG Düsseldorf Beschl. v. 27.12.2007 - I-20 W 157/07 = CR 2008, 182 f.

³³ LG Hamburg CR 2007, 121, 122; so auch LG Köln Beschl. v. 07.09.2007 - 28 O 266/06, S.4, OLG Hamburg Beschl. v. 11.10.2006 - 5 W 152/06, S. 2, OLG Hamburg Beschl. v. 10.05.2006 - 5 W 61/06, S. 2; LG Leipzig v. 08.02.2008 - 05 O 383/08, S. 4; OLG Düsseldorf CR 2008, 182, 183; das LG Düsseldorf (Beschl. v. 13.04.2007 - 12 O 87/07) sieht dagegen auch diese technischen Maßnahmen nicht als hinreichen an, um den Prüfungspflichten zu genügen.

³⁴ LG Hamburg CR 2007, 121.

³⁵ LG Köln Beschl. v. 07.09.2007 - 28 O 266/06, S.4.

²² LG Mannheim CR 2007, 394 ff.

²³ LG Hamburg CR 2007, 121 f.; LG Köln Beschl. v. 07.09.2007 - 28 O 266/06; OLG Hamburg Beschl. v. 11.10.2006 - 5 W 152/06; OLG Hamburg Beschl. v. 10.05.2006 - 5 W 61/06; LG Düsseldorf Beschl. v. 13.04.2007 - 12 O 87/07; LG Leipzig v. 08.02.2008 - 05 O 383/08; OLG Düsseldorf Beschl. v. 27.12.2007 - I-20 W 157/07 = CR 2008, 182 f.

²⁴ OLG Frankfurt GRUR-RR 2008, 73 ff. = CR 2008, 243 ff. m. Anm. *Stang/Hühner*.

²⁵ OGH K&R 2008, 326 ff.

²⁶ LG Mannheim CR 2007, 394, 395; LG Mannheim MMR 2007, 267.

²⁷ LG Mannheim CR 2007, 394, 395; LG Mannheim MMR 2007, 267, 268.

3. Das OLG Frankfurt³⁶ verneint die Zumutbarkeit von Prüfungspflichten, die darauf hinauslaufen würden, Familienangehörige bei der Internetnutzung überwachen zu müssen. Auch die Medienpräsenz des Themas „Filesharing“ vermag gerade nicht eine anlassunabhängige Skepsis bzgl. der Internetnutzung der Familienangehörigen herbeizuführen. Um dem Anschlussinhaber Prüfungspflichten auferlegen zu können ist nach dem OLG Frankfurt das Bestehen von konkreten Anhaltspunkten, dass der Nutzer den Anschluss für Rechtsverletzungen missbrauchen wird, erforderlich.³⁷

Weiterhin verweist das Gericht auf die Pflicht des Anschlussinhabers, im Rahmen der sekundären Darlegungslast Angaben darüber zu machen, wer seiner Kenntnis nach die Rechtsverletzung begangen haben könnte.³⁸ Dem war der Beklagte hier jedoch gerade nachgekommen.

Letztlich wird angemerkt, dass entsprechend den Ausführungen des LG Mannheim³⁹ der Anschlussinhaber eine Internetinstruktion für seine minderjährigen Kinder vornehmen solle, was jedoch nicht für volljährige Familienangehörige gelten könne.⁴⁰

4. Der OGH⁴¹ führt zunächst aus, dass „für einen mittelbaren Täter, der allein auf Grund adäquater Verursachung einer Urheberrechtsverletzung zu haften hätte, im Urheberrecht kein Platz“ sei.⁴² Zudem seien die Eltern beim Filesharing ihrer Kinder nicht verpflichtet, von vornherein deren Internetaktivitäten zu überwachen.⁴³ Die im österreichischen Recht ebenso zu verlangende Verletzung von Prüfpflichten hinsichtlich grober und auffällender Verstöße⁴⁴ war hier nicht zu bejahen. Gerade aus der Tatsache, dass den Eltern die Funktionsweise von Internetausbörsen (und das damit verbundene automatische öffentliche Zurverfügungstellen von Dateien) oder andere die Rechtswidrigkeit begründende Umstände nicht bekannt waren, folgert das Gericht, dass die Eltern keine präventive Überwachungspflicht ihrer Kinder trifft.⁴⁵ Nach Erhalt eines Aufforderungsschreibens (hier durch die Verwertungsgesellschaft) haben die Beklagten auch das Tauschbörsen-Programm gelöscht, wodurch ein weiteres Unterlassungsbegehren mangels Wiederholungsgefahr ausschied.⁴⁶

³⁶ OLG Frankfurt GRUR-RR 2008, 73 ff. = CR 2008, 243 m. Anm. *Stang/Hühner*.

³⁷ OLG Frankfurt GRUR-RR 2008, 73, 74.

³⁸ OLG Frankfurt GRUR-RR 2008, 73, 74.

³⁹ LG Mannheim CR 2007, 394, 396.

⁴⁰ OLG Frankfurt GRUR-RR 2008, 73, 74.

⁴¹ OGH K&R 2008, 326 ff.

⁴² OGH K&R 2008, 326.

⁴³ OGH K&R 2008, 326.

⁴⁴ OGH K&R 2008, 326, 327.

⁴⁵ OGH K&R 2008, 326, 327.

⁴⁶ OGH K&R 2008, 326, 327.

IV. Rechtsprechung zur Störerhaftung des Anschlussinhabers für von seinem Anschluss aus begangene Urheberrechtsverletzungen mittels W-LAN

Auch bei der Frage der Haftung eines Anschlussinhabers, über dessen unverschlüsseltes W-LAN-Netz Urheberrechtsverletzungen begangen werden, stehen sich eine Vielzahl von Urteilen und Beschlüssen gegenüber, die einerseits die Haftung des Anschlussinhabers bejahen⁴⁷, sowie andererseits ein Urteil des OLG Frankfurt⁴⁸, das die Haftung des Anschlussinhabers verneint.

1. In den weitgehend gleichlautenden, die Haftung des Anschlussinhabers bejahenden Urteilen wird ausgeführt, dass sich die adäquate Kausalität der Schutzrechtsverletzung bereits aus dem Zurverfügungstellen der ungeschützten W-LAN-Verbindung ergibt.⁴⁹ Darüber hinaus löst auch hier die Tatsache, dass hinlänglichbekannt und im öffentlichen Bewusstsein präsent sei, dass eine ungeschützte W-LAN-Verbindung Missbrauchsmöglichkeiten birgt, Prüf- und Handlungspflichten aus.⁵⁰ Die Anschlussinhaber hätten die streitgegenständlichen Rechtsverletzungen verhindern können, indem sie, wie von den Gerichten zum entscheidenden Kriterium der Zumutbarkeit der Prüfungspflichten ausgeführt, (bereits vorinstalliert zur Verfügung stehende) Verschlüsselungsmaßnahmen hätten treffen müssen, die bei professioneller Hilfe auch finanziell noch verhältnismäßig gewesen wären.⁵¹

Letztlich sei das Einrichten eines Passwortes nach erfolgter Rechtsverletzung nicht mehr ausreichend, um die Wiederholungsgefahr aus der Welt zu schaffen; hierfür hätte es sodann eben einer strafbewehrten Unterlassungserklärung bedurft⁵².

2. Einzig das OLG Frankfurt geht in seinem Urteil ei-

⁴⁷ LG Mannheim NJOZ 2007, 5791 ff.; LG Mannheim MMR 2007, 537 ff. m. Anm. *Ernst*; LG Hamburg MMR 2006, 763 ff. m. Anm. *Mantz*; LG Frankfurt MMR 2007, 675 ff.

⁴⁸ OLG Frankfurt GRUR-RR 2008, 279 ff.

⁴⁹ LG Hamburg MMR 2006, 763, 764.; LG Mannheim MMR 2007, 537; LG Frankfurt MMR 2007, 675, 676; LG Mannheim NJOZ 2007, 5791, 5794; OLG Hamburg Beschl. v. 21.11.2006 – 5 W 171/06; LG Düsseldorf GRUR-RR 2008, 290, 291.

⁵⁰ LG Hamburg MMR 2006, 763, 764; LG Frankfurt MMR 2007, 675, 676.

⁵¹ LG Hamburg MMR 2006, 763, 764; LG Mannheim MMR 2007, 537; LG Frankfurt MMR 2007, 675, 676; LG Mannheim NJOZ 2007, 5791, 5794; OLG Hamburg Beschl. v. 21.11.2006 – 5 W 171/06; LG Düsseldorf GRUR-RR 2008, 290, 291.

⁵² LG Hamburg MMR 2006, 763, 764.

gene Wege.⁵³ Demnach stimmt das Gericht zunächst mit den vorgenannten Ausführungen überein, dass für eine Inanspruchnahme als Störer Prüfungspflichten verletzt sein müssen. Diese Prüfungspflichten nimmt das OLG Frankfurt nun aber nicht anlassunabhängig im Vorfeld einer Rechtsverletzung an, sondern stellt diese unter die Bedingung von „konkreten Anhaltspunkten für eine missbräuchliche Anschlussnutzung durch Dritte“⁵⁴.

Einer Haftung aufgrund der bloß abstrakten Gefahr des Missbrauchs durch vorsätzlich handelnde Dritte sei dagegen gerade eine Absage zu erteilen. Hieraus wird darüber hinausgehend gefolgert, dass eine Verpflichtung zur Verschlüsselung des W-Lan-Netzes für den Anschlussinhaber ohne ebendiese Anhaltspunkte nicht angezeigt sei.⁵⁵

Demnach konnte das zuvor genannte Urteil des LG Frankfurt⁵⁶ keinen Bestand haben. Das OLG Frankfurt hat jedoch die Revision zum BGH zugelassen, so dass zu erwarten ist, wie der BGH zur Kontroverse der Störerhaftung aufgrund des unverschlüsselten W-LAN-Netzes Stellung nehmen wird.

V. Ansichten der Literatur

1. Die weitgehend mit dem Urteil des LG Mannheim zur Haftung von Eltern für ihre Kinder übereinstimmende Ansicht der Literatur bezieht sich zunächst auf die *innerfamiliären psychologischen Auswirkungen*, die sich aus der dargelegten Rechtsprechung ergeben würden.⁵⁷ So werden potentiell negative Auswirkungen von verdachtsunabhängigen Kontrollen des Nutzungsverhaltens von Familienmitgliedern auf das familiäre Zusammenleben genannt.⁵⁸ Gerade in Anbetracht des Überwiegens der legalen Nutzungsmöglichkeiten des Internets⁵⁹ wird darauf hingewiesen, dass in derartigen Sachverhaltskonstellationen eher das Vorleben vorbildlichen Umgangs der Eltern mit dem Medium Internet statt Maßnahmen aufgrund abstrakter Gefährlichkeit des Internets im Vordergrund zu stehen hätten.⁶⁰ Auch wird begrüßt, dass die bloße Überlassung des Internetzugangs an Familienangehörige ohne vorangegangene Rechtsverletzungen bzw. die Kenntnis des Anschlussinhabers hierüber keine haftungsbegründende Aufsichtspflichtverletzung darstellen könne.⁶¹ Weitergehend wird auch die

generelle Unzumutbarkeit von Überwachungsmaßnahmen vertreten.⁶²

Eine strengere Beurteilung sei jedoch dann vorzunehmen, wenn konkrete Hinweise auf eine rechtsmissbräuchliche Nutzung des Internets vorliegen.⁶³ Uneinigkeit herrscht dabei in der Benennung einer daraus resultierenden Pflicht für die Eltern. Dabei werden als (wiederum überwiegend präventive) Vorschläge u.a. die „vernünftige Heranführung an technischen Fortschritt“,⁶⁴ „technisch wie pädagogisch hilfreiche Maßnahmen“⁶⁵ oder die im Vorfeld einer Nutzung stattfindende Vereinbarung eines Verhaltenscodexes⁶⁶ genannt. Letztere Vorschläge sollen schließlich in eine prozessual gesteigerte Darlegungslast münden.⁶⁷

2. Abgesehen von der Sensibilität der Sachverhalte aufgrund deren familiären Bezugs wird auch in *technischer Hinsicht* einstimmig darauf hingewiesen, dass entgegen der Annahme des LG Hamburg⁶⁸ eine vorgeschlagene Filtersoftware unzulänglich bzw. gerade in Anbetracht der legalen Nutzungsmöglichkeiten des Internets oder aber von Peer-to-Peer Netzwerken unzumutbar sei.⁶⁹ Ebenso zu berücksichtigen ist die legale Nutzungsmöglichkeit eines „offenen W-LAN-Netzes“ oder umso mehr die bewusste Bereitstellung eines solchen Netzes im Rahmen eines Sozialverbundes.⁷⁰

Dagegen stelle die Einrichtung einer einfachen WEP-Verschlüsselung, die bereits vorinstalliert standardmäßig bereitgestellt wird, eine hinreichende Handlungspflicht des Anschlussinhabers im Rahmen der Haftung für ein unverschlüsseltes W-LAN-Netz dar, um dessen Störerverantwortlichkeit aus der Welt zu schaffen.⁷¹

⁵³ Volkmann, CR 2008, 232, 237.

⁵⁴ Grosskopf, CR 2007, 122, 123; Ernst/Seichter, ZUM 2007, 513, 517; Peter, K&R 2007, 371, 373; Gercke, ZUM 2006, 593, 599; dagegen generell Überwachungsmaßnahmen ablehnend Volkmann CR, 2008, 232, 237.

⁵⁵ Peter, K&R 2007, 371, 373.

⁵⁶ Ernst/Seichter, ZUM 2007, 513, 517; Peter, K&R 2007, 371, 373.

⁵⁷ Peter, K&R 2007, 371, 373; ähnlich auch Volkmann, CR 2008, 232, 237.

⁵⁸ Volkmann, CR 2008, 232, 237; Peter, K&R 2007, 371, 373.

⁵⁹ LG Hamburg CR 2007, 121, 122.

⁶⁰ Volkmann, CR 2008, 232, 237; Grosskopf, CR 2007, 122 f.; Ernst/Seichter, ZUM 2007, 513, 517 f.; Schöttler, juris-PR-ITR 2/2007 Anm. 2; Solmecke, MMR 2007, 268, 269; Gercke, ZUM 2006, 593, 598; auch das LG Düsseldorf (Beschl. v. 13.04.2007 - 12 O 87/07) sieht die genannten Maßnahmen als nicht hinreichend an, dies hier aber gerade deshalb, um zu begründen, dass derartige technische Maßnahmen nicht ausreichend seien, um den Prüfungspflichten nachzukommen.

⁶¹ Mantz, MMR 2006, 764, 765; Ernst, MMR 2007, 538.

⁶² Stang/Hühner, GRUR-RR 2008, 273, 274; Mantz,

⁵³ OLG Frankfurt GRUR-RR 2008, 279 ff.

⁵⁴ OLG Frankfurt GRUR-RR 2008, 279, 280.

⁵⁵ OLG Frankfurt GRUR-RR 2008, 279, 281.

⁵⁶ LG Frankfurt MMR 2007, 675 f.

⁵⁷ Peter, K&R 2007, 371, 372.

⁵⁸ Ernst/Seichter, ZUM 2007, 513, 517; Peter, K&R 2007, 371, 372.

⁵⁹ Witte, ITRB 2007, 87, 89; Grosskopf, CR 2007, 122; Gercke, ZUM 2006, 593, 598.

⁶⁰ Peter, K&R 2007, 371, 373.

⁶¹ Thiele, K&R 2008, 327, 328.

Demgegenüber wird auch hier vertreten, dass Prüfungspflichten lediglich dann anzunehmen seien, wenn der Anschlussinhaber von entsprechenden Rechtsverletzungen Kenntnis erlangt hat.⁷²

Letztlich wird auch kritisch angemerkt, dass die Ausführungen zur Zumutbarkeit der Kontrollierbarkeit von W-LAN-Netzen verkennen, dass es sich hier doch tatsächlich um bloße Schutzbehauptungen der Anschlussinhaber handelt, um von den Tauschbörsenaktivitäten der Familienmitglieder abzulenken, auf die das eigentliche Augenmerk zu richten sei.⁷³

3. Aus Anlass der Entscheidung des OLG Frankfurt⁷⁴ (zur Haftung von Eltern für ihre Kinder) wird insbesondere auf die Zweischneidigkeit der Entscheidung hingewiesen.⁷⁵ Einerseits sei zwar die Unzumutbarkeit von dauerhaften Überwachungsmaßnahmen zu begrüßen, dagegen wird jedoch auch auf die *Perspektive der Rechteinhaber* hingewiesen.⁷⁶ Es könne nicht sein, dass der Anschlussinhaber sich mit der einfachen Behauptung von der Haftung lossagen könne, der Anschluss werde von mehreren Personen genutzt, wobei er selbst nicht die Rechtsverletzung begangen und evtl. minderjährige Anschlussnutzer hinreichend instruiert habe.⁷⁷ Die intendierte Umgehung dieser einfachen Lossagung von der Haftung durch die dem Anschlussinhaber auferlegte sekundäre Beweislast sei untauglich, wenn dies gerade dem Anschlussinhaber durch umfassende (und evtl. widersprüchliche) Einlassung zur Haftungsfreiheit ver helfe.⁷⁸ Auch wird festgestellt, dass die Deckelung der Abmahnkosten für einfach gelagerte Fälle sowie die Einführung einer Bagatellklausel im Rahmen der Enforcement-Richtlinie⁷⁹ der Tatsache entgegenstehen, dass gerade aufgrund der massenhaften Internet-Piraterie eben diese „unerheblichen Rechtsverletzungen“ zum Problem für die Rechteinhaber werden und diese Entwicklung folglich der Herausbildung eines angemessenen Unrechtsbewusstseins entgegenwirkten.⁸⁰

MMR 2006, 764, 765; *Ernst*, MMR 2007, 538, 539; LG Düsseldorf GRUR-RR 2008, 290, 291; entgegen OLG Düsseldorf GRUR-RR 2008, 279, 281.

⁷² *Ernst*, MMR 2007, 538, 539; so nun offensichtlich auch OLG Frankfurt GRUR-RR 2008, 279, 280.

⁷³ *Ernst*, MMR 2007, 538, 539.

⁷⁴ OLG Frankfurt GRUR-RR 2008, 73 f. = CR 2008, 243 m. Anm. *Stang/Hühner*.

⁷⁵ *Stang/Hühner*, CR 2008, 244 f.

⁷⁶ *Kloth*, BB 2008, 470; *Stang/Hühner*, CR 2008, 244, 245.

⁷⁷ *Stang/Hühner*, CR 2008, 244, 245.

⁷⁸ *Stang/Hühner*, CR 2008, 244, 245; *Ernst/Seichter*, ZUM 2007, 513, 514.

⁷⁹ Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Durchsetzung der Rechte des Geistige Eigentums.

⁸⁰ *Stang/Hühner*, CR 2008, 244, 245.

In Anbetracht des Kostenerstattungsanspruchs des zur Auskunft Verpflichteten gegenüber dem Rechteinhaber sowie der Rechtsprechung des OLG Frankfurt zur Unterlassung bzw. Abmahnung generell sei die Folge unhinnehmbar, dass der Rechteinhaber – letztlich entgegen der Intention der Enforcement-Richtlinie – sich sowohl den Abmahnkosten als auch den Kosten der Auskunftserlangung ausgesetzt sehe.⁸¹

V. Stellungnahme

Die sowohl Rechtsprechung als auch Literatur beschäftigende Diskussion verdichtet sich in der Frage, welche Verkehrspflicht (bzw. Prüfungspflicht) für den Einzelfall am ehesten geeignet ist, alle wesentlichen Faktoren des Einzelfalls angemessen zu berücksichtigen.

1. Für die konkret zu entscheidenden Fälle der *Haftung von Eltern für ihre Kinder* ist anzumerken, dass die Heranziehung des Alters der Kinder als ausschlaggebendes Kriterium von Überwachungspflichten der Eltern nicht tragbar erscheint wenn man beachtet, dass der überwiegende Teil der Urheberrechtsverletzungen von Erwachsenen begangen wird.⁸² Obwohl bei der Rechtsprechung zu Internetauktionshäusern aufgrund der Gefährdung des Geschäftsmodells ein anderer Sachverhalt zugrunde liegen solle⁸³, kann auch die dortige richtungsweisende Wertung der Gerichte herangezogen werden. Es erscheint demnach rechtspolitisch wie auch psychologisch riskant, das familiäre Verhältnis zwischen Eltern und Kindern in Frage zu stellen, indem eine dauerhafte Überwachung der Familienangehörigen etabliert werden muss, um den Anforderungen der Gerichte ausreichend Rechnung zu tragen. Dagegen ist gerade eine auch vom LG Mannheim⁸⁴ vorgeschlagene Belehrung der Kinder zum Umgang mit dem Internet wünschenswert. Hinsichtlich der Rechtsverletzungen durch andere (erwachsene) Nutzer des betreffenden Anschlusses sollte, um die Selbständigkeit und das Unrechtsbewusstsein der Teilnehmer hinreichend zu würdigen und ohne dabei Überwachungsmaßnahmen annehmen zu müssen, eine im Vorfeld getroffene Vereinbarung hinsichtlich der Nutzung bzw. der Nutzungsbeschränkung des Internetanschlusses ausschlaggebend sein. Obwohl diese – evtl. sogar vertraglichen – Maßnahmen im privaten Bereich drastisch erscheinen, wird so die Indikation der jeweiligen Altersgruppen-

⁸¹ *Stang/Hühner*, CR 2008, 244, 245.

⁸² Vgl. „GfK Brennerstudie“, abrufbar unter http://www.musikindustrie.de/uploads/media/ms_branchendaten_brennerstudie_2007_03.pdf (letzter Abruf 26.02.2009), S. 25.

⁸³ *Ernst/Seichter*, ZUM 2007, 513, 516.

⁸⁴ LG Mannheim CR 2007, 394, 396.

zugehörigkeit gewürdigt und eine dementsprechende Exkulpation des Anschlussinhabers erreicht.

Letztlich ist in Anbetracht der pädagogischen Sphäre der Sachverhaltskonstellationen dem Ruf nach der Vorbildfunktion des Anschlussinhabers (auch für erwachsene Nutzer) hinsichtlich der Internetnutzung beizupflichten.

2. Anders ist die Situation auf dem Gebiet der Haftung des Anschlussinhabers für mittels eines *unverschlüsselten W-LAN-Netzes* vom betroffenen Anschluss aus begangene Urheberrechtsverletzungen zu beurteilen. Lässt sich doch gerade bei der Haftung von Eltern für ihre Kinder keine Grenze dahingehend ziehen, welche Handlungspflichten den Eltern zumutbar sind und daher nur negativ beurteilt werden kann, was im Einzelfall unzumutbar ist⁸⁵, so besteht hier gerade die Möglichkeit, positiv die Einrichtung von standardisierter bzw. vorinstallierter Verschlüsselungssoftware als zumutbare Handlungspflicht zu etablieren.⁸⁶

Beweisprobleme bzgl. der Einrichtung von Passwörtern oder hinsichtlich der Sperrung von bestimmten Ports werden sich jedoch auch hier nicht einfach aus der Welt räumen lassen.

VI. Fazit und Ausblick

Der ausgeprägten Uneinheitlichkeit in Rechtsprechung und Literatur könnte letztlich bloß mit einer gesetzgeberischen Ausformulierung der zumutbaren Prüfungspflichten entgegengetreten werden. Für Eltern von auf Tauschbörsen aktiven Kindern und für Anschlussinhaber eines unverschlüsselten W-LAN-Netzes stellt sich dagegen weiterhin die Frage, wann ihnen das durch weite Teile der Rechtsprechung etablierte „Eltern haften für ihre Kinder – jetzt auch im Internet“ zum Verhängnis wird.

In Erwartung einer höchstrichterlichen Rechtsprechung oder der gesetzgeberischen Ausformulierung der „zumutbaren Prüfungspflichten“ können sich Anschlussinhaber wohl alleine darauf verlassen, dass eine Haftung auszuschließen ist, wenn ein W-LAN-Netz gerade nicht unverschlüsselt zur Verfügung gestellt wird, sondern zumindest die einfachste Möglichkeit der Verschlüsselung genutzt wird.

Die Frage, wann Eltern für ihre Kinder haften, kann dagegen nur so beantwortet werden, dass gerade bei minderjährigen Kindern eine Internetinstruktion vorangegangen ist, wobei explizit auf ein Verbot von urheberrechtsverletzenden Handlungen hingewiesen wurde.

⁸⁵ Stang/Hühner, CR 2008, 244, 245.

⁸⁶ Zur Problematik der Sicherungs- und Prüfungspflichten BGH GRUR 2007, 890 ff. – Jugendgefährdende Medien bei eBay; Leistner/Stang, WRP 2008, 533 ff.; Stang/Hühner, GRUR-RR 2008, 273, 274.